

## **Traktandum 4: Seewasserwerk Riet II; Mehrkosten durch das neue Kostenverteilungsmodell der RWSG und Erteilung des Baurechts**

### **Rückweisungsantrag der SP/Juso/PFG-Fraktion: Antrag 2 an LBK**

Der Antrag 2 des Stadtrates («Der RWSG Regionale Wasserversorgung St.Gallen AG wird für den Bau des Seewasserwerks Riet II ein Baurecht gemäss dem beiliegenden Vertragsentwurf gewährt.») wird zur Prüfung des Baurechtsvertrages an die Liegenschaften- und Baukommission zurückgewiesen.

#### **Begründung:**

Gemäss Gemeindeordnung obliegt es der Liegenschaften- und Baukommission Baurechtsverträge zu prüfen:

##### **Art. 25**

##### **c) Liegenschaften- und Baukommission**

##### **1**

*Die Liegenschaften- und Baukommission prüft die in die Zuständigkeit des Stadtparlaments fallenden Grundstücksgeschäfte und entscheidet gemäss Art. 42 Ziff. 1 bis 3 über die Zustimmung zu Beschlüssen des Stadtrats über den Kauf, Verkauf oder Tausch von Grundstücken des Finanzvermögens und die Erteilung entgeltlicher Baurechte.*

Ob sich die Erteilung der entgeltlichen Baurechte auch auf das Finanzvermögen bezieht, ist in der GO etwas unklar formuliert. Dieses Grundstück ist im Verwaltungsvermögen und in den Büchern der SGSW. Somit ist auch nicht klar, ob hier eine grobe Verletzung des Art. 32 vorliegt. Zu beachten ist jedoch, dass Liegenschaften aus dem Verwaltungsvermögen grundsätzlich nicht verkauft werden.

Einige Fragen zum vorliegenden Dienstbarkeitsvertrag sind nach der Beratung in der Weko noch ungeklärt. Da die Mitglieder der LBK eine langjährige Erfahrung in der Prüfung von Baurechtsverträgen haben und gemäss Gemeindeordnung verpflichtet sind, dies zu tun, beantragen wir den Antrag 2 des Stadtrates an die LBK zurückzuweisen und den Baurechtsvertrag dort noch in die Vorberatung zu schicken.

Damit keine Verzögerung beim gesamten Projekt entsteht, hat die SP-Juso-PFG-Fraktion bei der Stadtkanzlei abgeklärt, ob die Beschlussfassung aufgeteilt werden kann. Dies ist im vorliegenden Fall möglich, weshalb mit diesem Rückweisungsantrag lediglich der Antrag 2 des Stadtrates zurückgewiesen wird und der Antrag 1, sowie die Feststellung («fakultatives Referendum») bereits verabschiedet werden können. Somit beginnt die Referendumsfrist zu den «Mehrkosten durch das neue Kostenverteilungsmodell» bereits zu laufen.

Der Baurechtsvertrag kommt nach der Beratung in der LBK im September wieder ins Parlament und untersteht nicht dem fakultativen Referendum.